

Sinnvolle Maßnahmen zur Erhöhung der tatsächlich wahrgenommenen Sicherheit können zum Beispiel ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Kommen Sie zum Schluss.

Frank Herrmann (PIRATEN): Ich komme zum Schluss.

... helle und sichere Gestaltung von öffentlichen Plätzen und Bahnhöfen sein. Durch den Verzicht auf Videoüberwachungsanlagen stehen zusätzliche Mittel für tatsächlich wirksame Maßnahmen zur Verfügung. Nur gut ausgebildete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen können vor Ort wirklich für Sicherheit sorgen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kollege.

Frank Herrmann (PIRATEN): Ich fordere Sie nochmals auf: Begraben Sie diesen Beschluss! – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Herrmann. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit schließe ich diese Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11250

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/11712

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11770

zweite und dritte Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11309

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/11713

zweite und dritte Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Gebhard ...

(Die Abgeordnete ist nicht im Plenarsaal. – Zurufe)

– Wir bekommen das schon sortiert.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Ich vermute, dass Kollege Abel nicht für die SPD-Fraktion spricht, sondern für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Also, dann rochieren wir. Ich erteile als erstem Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Kollegen Abel das Wort. – Ich vermute, dass inzwischen die Suche nach Frau Kollegin Gebhard gestartet worden ist. Ebenso ergeht die Bitte an Herrn Kollegen Kruse, für die CDU dann als nächster Redner zu uns zu kommen. – Jetzt aber hat das Wort Herr Kollege Abel. Bitte.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eben in der Debatte manchmal gedacht: Boah, wärs du doch jetzt endlich dran! – Jetzt ist es genau umgekehrt, obwohl ich einige Äußerungen habe, die den Kollegen Kruse betreffen. Bei der CDU sind immerhin drei Abgeordnete anwesend; vielleicht können Sie ihm das vermitteln.

Wir haben im Ausschuss und in unseren Diskussionen zum Nachtragshaushalt immer wieder erlebt, dass Sie sich hier aufspielen und sagen: Das, was ihr jetzt nachvollzieht, haben wir euch schon immer gesagt, und im Übrigen waren wir es doch, die für Polizei und Justiz immer mehr Stellen gefordert haben.

Diesem Eindruck muss man nicht nur entschieden entgegentreten, er ist schlicht falsch.

Und an die Adresse des Kollegen Kruse, der vielleicht gleich da ist: Er sollte aufpassen, dass er diese Aussagen, wenn er sie denn gleich tätigt, dann nicht hinterher genauso korrigieren muss wie das, was er zur Silvesternacht auf seiner Website veröffentlicht hatte. – Das musste er ja auch zurücknehmen. Es ist schlicht falsch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre hier immer wieder eine Schlangenlinie gefahren. Mal hat Herr Laschet davon geredet, dass wir wie im Saarland 10 % bei der Landesverwaltung, bei den Landesbediensteten einsparen können. Also hat man mal eben 40.000 Stellen aufs Tableau gehoben, um einfach eine pauschale Kürzung zu machen wie

im Saarland, aber das Ganze ohne Justiz, ohne Polizei, ohne den Bereich Schule. Dass das mathematisch gar nicht aufgeht, scheint Ihnen bis heute egal zu sein.

Aber eines lassen wir Ihnen nicht durchgehen, meine Damen und Herren: dass Sie in der Öffentlichkeit und hier im Hohen Hause behaupten „Wir waren immer dafür, mehr Personal, mehr Stellen zu schaffen.“ – Das ist schlicht falsch ausweislich aller Protokolle und ausweislich der Berichterstattung, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben im Januar-Plenum reagiert und einen 15-Punkte-Plan verabschiedet, der nun mit diesem Nachtrag fiskalisch hinterlegt wird. Sechs Wochen nach Einbringung und detaillierter Arbeit haben wir vorgeschlagen, 800 zusätzliche Stellen und Sachmittel zu investieren.

Von allen Investitionen möchte ich als Erstes die Stellen, die für den Schutz und die Unterstützung der Opfer der Silvesternacht da sind, nennen. Diese Maßnahmen werden wir jetzt weiter verstärken. Für die Opfer der Übergriffe in Köln wurde eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, damit sie dort die dringend notwendige Betreuung und Beratung erhalten. Uns geht es darum, diesen Opfern dann auch bestmöglich zu helfen. Opferschutz stärken, das Netz an Beratungen ausbauen – das tun wir nicht erst seit Silvester, aber nun noch einmal mit zusätzlichem Geld.

Meine Damen und Herren, die Täter der Silvesternacht sollen schnell ermittelt und schnell bestraft werden. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Deswegen haben wir eine personelle Verstärkung innerhalb der Staatsanwaltschaften vorgesehen: 200 zusätzliche Stellen, Staatsanwälte und Richter. Das ist ein Kraftakt für den Haushalt, aber es ist – so wie es der Richterbund in einer eindrucksvollen Pressemitteilung gesagt hat – vor allen Dingen ein starkes Signal für den Rechtsstaat.

Wir werden die Präsenz auf der Straße verstärken. Dafür wollen wir möglichst schnell 500 Polizistinnen und Polizisten zusätzlich an den Kriminalitätsbrennpunkten einsetzen. Wir haben, meine Damen und Herren – ich hatte es eben erwähnt; Herr Kruse ist jetzt auch schon anwesend, Mahlzeit! –,

(Heiterkeit von Theo Kruse [CDU])

in den letzten Jahren hier in diesem Bereich massiv investiert. Wir haben, wenn man noch einmal Ihre Zahlen, die Sie uns hinterlassen haben, in Erinnerung ruft, die höchste Zahl von Polizeianwärterinnen und -anwärtern, die in der Geschichte des Landes jemals eingestellt werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Marc Lürbke [FDP]: Wo sind denn die Pensionierungen?)

– Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke, dass Sie hier gewissermaßen edel soufflieren. Sie haben mich danach gefragt, wie denn die Pensionierungen seien. – In der Tat ist es so – das sagt selbst die Polizeigewerkschaft –, dass Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland ist, das seit 2011 mehr Beamtinnen und Beamte eingestellt hat als in Pension gegangen sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Frage war jetzt nicht nur ein Eigentor, sie ging auch 15:1 aus, weil alle anderen 15 Länder das nicht gemacht haben. Und es ist sogar ein 16:1, weil der Bund es bei der Bundespolizei auch nicht gemacht hat, auch nicht unter Ihrer Regierungsbeteiligung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja, ja, privat vor Staat!)

Für uns bleibt zum Schluss als ein zentraler Punkt, die Integration zu stärken. Als erstes und bisher einziges Bundesland investieren wir erhebliche Mittel: 3.600 zusätzliche Plätze in Basissprachkursen. Die von uns in den letzten Jahren aufgebauten und gestärkten kommunalen Integrationszentren werden die Aufgabe der Wertevermittlung wahrnehmen und koordinieren. Auch funktionierender gesellschaftlicher Zusammenhalt ist Prävention und gehört zu einem starken Rechtsstaat. Die Bestrafung der Täter, mehr Polizei auf der Straße, aber auch Prävention und Wertevermittlung – daraus wird eine Melodie.

Das legen wir mit diesem Nachtragshaushalt vor. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Frau Kollegin Gebhard, Sie sind so weit, hoffe ich?

(Heike Gebhard [SPD]: Mir ist das egal! Vielleicht Herr Kruse zuerst!)

– Nein, vielleicht kehren wir der Einfachheit halber zu der vorgesehenen Rednerfolge zurück. Das würde ich so vorschlagen; es sind ja auch alle gemeldeten Redner inzwischen da. – Und ich erteile Ihnen sehr gerne für die SPD-Fraktion das Wort.

Heike Gebhard (SPD): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir befassen uns heute mit dem Nachtragshaushalt in zweiter und dritter Lesung. An sich ist der Anlass dazu eigentlich eine gute Gelegenheit, dass wir als Parlament zeigen, dass wir nach einem besonderen Ereignis – ich meine die Vorkommnisse der Silvesternacht, insbesondere in Köln – gemeinsam als Parlament demonstrieren, dass wir handlungsfähig sind.

Ich habe die Bereitschaft der Opposition zumindest so verstanden, nämlich als eine Bereitschaft zu einem verkürzten Beratungsverfahren. Dafür will ich durchaus danke sagen.

Mit diesem Nachtrag vollziehen wir haushaltsrechtlich das nach, wie der Kollege Abel schon ausgeführt hat, was wir am 14. Januar, also 14 Tage nach den Geschehnissen, bereits diskutiert haben, nämlich die 15 Punkte des Maßnahmenkatalogs der Landesregierung.

Was steht im Fokus bei diesen 15 Punkten?

Zum einen haben wir die Maßnahmen gebündelt unter der Überschrift: Wir helfen den Opfern und sorgen für konsequente Strafverfolgung.

Zweitens. Wir stärken die innere Sicherheit.

Drittens. Wir bringen mehr Ordnung in die Asylverfahren – ich füge hinzu –, soweit es für das Land möglich ist. Denn das Organisationsversagen des Bundesinnenministers mit seinem BAMF können wir leider Gottes vor Ort im Land nicht ausgleichen.

Viertens. Wir stärken die Integration vor Ort.

Haushaltsmäßig – Kollege Abel hat das im Detail schon genannt – schlagen am stärksten die Personalausgaben zu Buche:

100 neue Richterstellen – 100, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, zumal wir schon im normalen Haushalt entsprechende Aufstockungen vorgenommen haben –, 100 neue Stellen für Staatsanwälte, 500 Stellen mehr bei der Polizei inklusive ihrer entsprechenden Ausstattung.

Und wir verbessern den Datenaustausch zwischen Polizei und Justiz. Dass das nottut, wird immer deutlicher.

Insbesondere als Frau füge ich einen ganz wichtigen Aspekt hinzu: Wir nehmen mehr Mittel zur Gewaltprävention und zum Schutz gewaltbetroffener Frauen in die Hand,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

obwohl mich die Diskussion, die sich daran angeschlossen hat, doch ein bisschen traurig macht. Einerseits sagt die Opposition: Ja, die Maßnahmen sind alle notwendig. – Gleichwohl stimmt sie in den Ausschüssen gegen diesen Nachtragshaushalt.

Das finde ich schade. Es ist eine vertane Chance, nicht gemeinsam Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Denn ich glaube, es täte der Bevölkerung, den Bürgerinnen und Bürgern, in unserem Land gut, wenn wir zeigen würden, dass wir, wenn es nottut, zusammenstehen – auch über Fraktionsgrenzen hinweg.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein Stück weit kommt es mir so vor, als ob die Opposition darüber enttäuscht ist, dass das Maßnahmenpaket der Landesregierung so schnell vorgelegt worden ist: innerhalb von 14 Tagen. Es wird dann als „mit heißer Nadel gestrickt“ diffamiert. Aber es ist eigentlich eine konsequente Fortsetzung dessen, was schon vorher im Haushalt angelegt war

(Marc Lürbke [FDP]: Was wir vorgeschlagen haben!)

und nun eine Verstärkung darstellt. Damit ist Ihnen die Möglichkeit des generellen Vorwurfs genommen. Sie hätten die Landesregierung viel lieber an den Pranger gestellt und gesagt: Sie handeln nicht. Da passiert wieder Schlimmes, und die Landesregierung tut nichts.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Das ist wohl der Punkt. Deshalb haben Sie bei der Beratung dieses Nachtragshaushalts krampfhaft danach gesucht, wo Sie noch ein Haar in der Suppe finden könnten, um daraus die Legitimation abzuleiten, den Nachtragshaushalt abzulehnen.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Das ist ein ganzes Haarbüschel!)

Es tut mir leid. Sie hätten Größe bewiesen und beweisen können, wenn Sie den Weg mit uns gemeinsam gegangen wären. Es besteht noch die Chance zur Umkehr. Ich rechne zwar nicht wirklich damit; aber in diesem Sinne denke ich, es ist gut, die Dinge, die wir bereits im Januar beschlossen haben, jetzt auch finanzpolitisch abzusichern, damit sie auf einer gefestigten Basis stehen. – In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein herzliches Glück auf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Für die CDU-Fraktion erhält Herr Kollege Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der seitens der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes für das Haushaltsjahr 2016 ist aus Sicht der CDU-Fraktion ein weiterer Beleg für Politikversagen, ein weiteres Beispiel rot-grüner Fehlsteuerung in Nordrhein-Westfalen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das glauben selbst Ihre beiden Fraktionsmitglieder nicht!)

Seit sechs Jahren trägt Rot-Grün die Verantwortung in Nordrhein-Westfalen. Nicht nur die Schuldenberge sind in diesem Zeitraum gewachsen und die Bildungspolitik erhält schlechte Noten, sondern auch in allen anderen Politikfeldern ist die Bilanz verheerend. In Erinnerung rufen darf ich, dass die CDU-Fraktion mit ihrem Entschließungsantrag vom 15. Dezember

2015 zum Haushaltsgesetz 2016 mit den Schwerpunktsetzungen „Integration“ und „Innere Sicherheit“ klar Position bezogen hat. Unser Antrag wurde von Rot-Grün abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jeder weiß, dass die Integration anerkannter Flüchtlinge und Asylsuchender mit Bleibeperspektive eine der vordringlichsten Aufgaben der nächsten Jahre ist und dass wir eine umfassende Offensive für die Vermittlung unserer Werte an Asylberechtigte benötigen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Da sind Sie der Richtige für!)

Deswegen braucht Integration auch eine finanzielle Grundlage, die in Nordrhein-Westfalen fehlt. Integrationskonzepte aufzustellen, ohne die finanziellen Erfordernisse auch nur ansatzweise zu beziffern, ist keine seriöse Politik.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auf dem Gebiet der inneren Sicherheit erleben wir eine außerordentlich besorgniserregende Gesamtentwicklung, ein Staats- und Handlungsversagen trauriger Prägung.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

In dem Zeitraum rot-grüner Verantwortung mit dem populistisch agierenden Innenminister Ralf Jäger an der Spitze haben sich nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, sondern auch die objektive Sicherheitslage erheblich verschlechtert. Denn in nahezu allen sicherheitsrelevanten Bereichen registrieren wir eine besorgniserregende Entwicklung.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Kennzeichnend für die Verantwortungslosigkeit der rot-grünen Landesregierung ist, dass es erst der dramatischen und traurigen Ereignisse der Kölner Silvesternacht bedurfte, um sich endlich mit einigen Forderungen der CDU-Fraktion zur Erhöhung der Polizeipräsenz und zur Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum auseinanderzusetzen.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dem Grunde nach müssen sich die Menschen in unserem Land darauf verlassen können, dass die Politik auch ohne solche Ereignisse sicherheitspolitische Notwendigkeiten erkennt und Vorsorge trifft. Denn ein Höchstmaß der Gewährleistung an innerer Sicherheit erfordert ein Gesamtkonzept und eine langfristig ausgerichtete Politik. Sie verdeutlichen mit Ihrer Vorgehensweise eine operative Hektik, die allerdings kein innenpolitisches Konzept erkennen lässt.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Kruse, entschuldigen Sie. Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Abel zulassen?

Theo Kruse (CDU): Ja, wenn sie bei der Redezeit nicht berücksichtigt wird. Sehr gerne, Herr Abel.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das stellen wir sicher. – Bitte, Herr Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Kruse, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. Für die Zeitgutschrift bin ich nicht verantwortlich, aber ich bin sicher, der Präsident wird das wie gewohnt regeln.

Mich interessiert, ob Sie mir sagen können, wie Sie bei Ihren Ausführungen zu dem Urteil kommen, wir hätten nichts für die Polizei getan und erst nach den Ereignissen in Köln für mehr Präsenz gesorgt, und zwar angesichts der Tatsache, dass vor zehn Jahren – 2006 – in Ihrer Regierungszeit die Anwärterzahlen bei 500 lagen, dann 2010, als Sie abgewählt wurden, bei 1.100, dass wir jetzt 1.900 Anwärterinnen und Anwärter haben und dass wir das hier in Haushaltsberatungen weit vor den Ereignissen in Köln beschlossen haben. Was sagen Sie dazu?

Theo Kruse (CDU): Ihre Nachfrage, Herr Kollege Abel, ist verständlich.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ja, und auch richtig!)

Sie ist mehrfach kreuz und quer im Innenausschuss – immer wieder – diskutiert worden. Ich empfehle Innenminister Jäger, er möge diese alte Leier bis hin zum Landtagswahlkampf im Frühjahr des nächsten Jahres noch einmal auflegen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ach du meine Güte! Sie müssten einfach nur Ja sagen!)

Mal schauen, ob sie ihm dann zum Vorteil gereicht. Niemand bestreitet diese gesamte Entwicklung. Aber: Sie tragen jetzt seit sechs Jahren die Verantwortung!

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich möchte fortfahren: In der Tat, Herr Kollege Abel,

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

ist es zu begrüßen, dass die rot-grüne Landesregierung den inzwischen drei Jahre alten Vorschlag der CDU-Fraktion zur Einstellung sogenannter Polizeiverwaltungsassistenten aufgreifen möchte. Allerdings wird der ursprüngliche Vorschlag der CDU nur sehr halbherzig umgesetzt. Wir hatten, wie gesagt, vor ca. drei Jahren vorgeschlagen,

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

über einen Fünfjahreszeitraum insgesamt 1.000 Verwaltungsassistenten einzustellen, um Vollzugsbeamte für den operativen Dienst zurückzugewinnen. Mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt setzt die rot-grüne Landesregierung gerade einmal ein Viertel dieser Forderung um, und das mit dreijähriger Verspätung.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Und obwohl, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Ministerpräsidentin groß angekündigt hat, dass die Videoüberwachung ausgeweitet werden soll, halten die Fraktionen von Rot und Grün an den hohen Anwendungsvoraussetzungen, nämlich der Begrenzung auf Kriminalitätsschwerpunkte, ausdrücklich fest. Die CDU-Fraktion weist seit Jahren darauf hin,

(Lachen von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

dass die Beschränkungen des Anwendungsbereichs des § 15 Polizeigesetz deutlich zu eng gefasst sind.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Sie wollen alles überwachen? – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine abschließende Bemerkung: Haushalts- – das ist ja der Wesenskern – und finanzpolitisch ist der Nachtragshaushalt unzureichend. Die Landesregierung verschließt nach wie vor die Augen vor der Realität. Sie belässt die Steuereinnahmeerwartungen unverändert auf Rekordhöhen, obwohl die Steueransätze, Herr Minister Walter-Borjans, um fast 500 Millionen € verfehlt worden sind.

Abschließend sei noch erwähnt, dass der Nachtragshaushalt aus politisch motivierten Gründen unvollständig ist. So basiert zum Beispiel der aktuelle Gesetzentwurf der Landesregierung zum Flüchtlingsaufnahmegesetz – dies ist ja auch ein vielfach diskutiertes Thema – weiterhin auf den veralteten Gesamtzahlen von Flüchtlingen.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Auch das diskutieren wir in unserem Entschließungsantrag und begründen dort unsere Haltung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Nordrhein-Westfalen muss endlich auf der Grundlage einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik neue Wege gehen. Deswegen setzen wir uns ein erstens für eine vorausschauende Integrations- und Flüchtlingspolitik, zweitens für eine verlässliche, auf Dauer ausgerichtete Innen- und Sicherheitspolitik, ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, Ihre Redezeit, bitte.

Theo Kruse (CDU): ... drittens für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Theo Kruse (CDU): ... mit einer Konzentration auf die klassischen Kernaufgaben des Staates. Wir fordern die Landesregierung mit unserem Entschließungsantrag auf, mit der Umsetzung der unter Punkt II aufgeführten Maßnahmen zu beginnen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Theo Kruse (CDU): Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Herr Kollege Kruse, auch wenn ich Sie gerade bitten musste, zum Ende zu kommen: Ich wollte Sie nicht unterbrechen mit dem Hinweis, dass sich Herr Kollege Hübner schon vor einiger Zeit mit der Bitte gemeldet hatte, Ihnen noch eine Frage stellen zu dürfen. Ich vermute, dass Sie die zulassen.

Theo Kruse (CDU): Sehr gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Hübner, bitte.

Michael Hübner (SPD): Danke schön, Herr Kollege Kruse. – Ich habe Ihren Worten entnommen, dass Sie beklagen, dass vielfach Mehrausgaben seitens des nun vorliegenden Entwurfs nicht zielgerichtet eingesetzt werden. Sie haben mehrfach Einsparungen gefordert. Können Sie mir denn ein oder zwei Beispiele nennen, wo Sie meinen, dass die Landesregierung sinnvollerweise Einsparungen vornehmen sollte? Denn Sie haben bis dato nur dafür geworben, Mehrausgaben für den Bereich der Kommunen, Mehrausgaben für den Bereich der inneren Sicherheit, Mehreinstellungen vorzunehmen. Mich würde interessieren, ob Sie da auch zu Einsparungen Vorschläge hätten?

Theo Kruse (CDU): Herr Kollege, ich danke für Ihre Nachfrage. – Hintergrund dieser Debatte, Hintergrund Ihres Nachtragshaushalts waren die dramatischen und traurigen Ereignisse der Kölner Silvesternacht.

Wenn Sie den Beratungen im Innenausschuss in den letzten beiden Jahren gefolgt wären, dann wüssten

Sie, welche zentralen Forderungen wir im Bereich der Innenpolitik fortlaufend an den Innenminister gerichtet haben.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Streichung von Polizeistellen zum Beispiel!)

Sogar die Kollegin von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Monika Düker, hat im vergangenen Jahr den Innenminister darum gebeten, er möge im Innenausschuss endlich eine Aufgabenaufstellung vorlegen, damit wir im Innenausschuss eine Konzentration der polizeilichen Arbeit diskutieren können. Wir haben Anträge in diese Richtung gestellt. Wir haben sowohl in den Haushaltsplanberatungen als auch durch unseren Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet wie auch durch Marcus Optendrenk immer wieder gefordert: Ja, wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine Debatte vor dem Hintergrund der finanzpolitischen Tragödie, in der wir in unserem Land stehen. Wir brauchen eine Konzentration auf die Kernaufgaben des Staates.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Dieser Diskussion stellen wir uns. Wir können mit diesem Haushaltsplan keinen Ansatz in diese Richtung erkennen. Ich habe begründet, dass Sie ja nach wie vor von falschen Steuereinnahmen ausgehen.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Dies ist aufgeführt und wird im Laufe der Debatte wahrscheinlich auch noch eine Rolle spielen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Wir hatten hier gerade noch eine kleine Debatte. Herr Kollege Mostofizadeh hatte noch eine Kurzintervention angemeldet, die nicht mehr innerhalb der regulären Redezeit erfolgt war. Sie haben die Frage noch beantwortet. Wir wollen jetzt aber auch nicht päpstlicher sein als der Papst; das werden wir dann später noch einmal klären. Wenn Sie einverstanden sind, Herr Kollege Kruse, würde ich Herrn Mostofizadeh das Wort erteilen. – Wir werden das hinterher, Frau Kollegin Beer, noch einmal gemeinsam besprechen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Genau! Danke schön!)

Dann machen wir das auch noch. Herr Mostofizadeh bekommt für 90 Sekunden das Wort. Bitte.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Kollege Kruse, weil die CDU-Fraktion das immer und immer wieder tut, möchte ich an dieser Stelle klarstellen: Die Steuereinnahmen steigen. Das ist richtig. Sie haben aber einen konkreten Vorschlag für Mehrausgaben gemacht. Also müssen Sie einen konkreten Vor-

schlag anhand des vorliegenden Haushalts für Minderausgaben machen. Sie müssen hier nicht Voodoo betreiben. Sie müssen sich nicht auf Nebenkriegsschauplätze verlegen.

Die CDU-Fraktion backt immer mit fremdem Geld, mit Geld, das nicht vorhanden ist. Das, was Sie auch tun und was mich ärgert, ist: Wir sind das einzige Bundesland, das mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt hat – auch mehr als der Bund –, und Sie tun so, als wenn das zurückgerechnet würde.

Diese CDU-Fraktion verschließt sich nicht nur vor der Realität, sondern sie widerlegt die Realität. Das hat mit seriöser Haushaltspolitik, Herr Kruse, genauso viel zu tun wie Ihr Blogbeitrag auf Ihrer Homepage mit der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall von den GRÜNEN)

Theo Kruse (CDU): Herr Kollege, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mit der entsprechenden Solidität die Initiativen, die Anträge, die Gesetzesinitiativen der CDU-Landtagsfraktion seit 2010 bis heute auflisten und sich verdeutlichen würden, was wir antragsmäßig hier im Hause auf den Weg gebracht haben im Vergleich zu den rot-grünen Initiativen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Beispiele! Was denn?)

Unsere Anträge und Initiativen erstrecken sich auf ca. 4 DIN-A4-Seiten einzeln aufgeführt; für Ihre Initiativen seitens Rot-Grün braucht man gerade einmal eine Dreiviertelseite.

(Zuruf von der SPD: Das sind Mehrausgaben!)

Ich sage in aller Nachdenklichkeit: Sie tragen seit 2010 die Verantwortung mit dem populistisch agierenden Innenminister als federführender Fachminister. Seit diesem Zeitraum sind in der Substanz in allen sicherheitsrelevanten Bereichen die Daten schlechter geworden –

(Beifall von der CDU)

siehe beim Wohnungseinbruch, siehe bei der Benennung von No-Go-Areas, siehe bei der Gewalt gegen Polizeibeamte usw. Wir könnten sie alle auflisten.

Wir fordern Sie dazu auf: Nehmen Sie diese Herausforderung endlich ernst und bemühen Sie sich als regierungstragende Fraktionen darum, diese Landesregierung dazu zu bringen, sich endlich auf die klassischen hoheitlichen, auf die Kernaufgaben zu konzentrieren und ein Höchstmaß an innerer Sicherheit in einer freiheitlichen Republik, ein Höchstmaß an innerer Sicherheit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten.

Warum sind die Daten in nahezu allen Ländern besser als in Nordrhein-Westfalen?

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Theo Kruse (CDU): Vergleichen Sie Köln mit München und vergleichen Sie diese Entwicklungen und ziehen Sie daraus die entsprechenden Konsequenzen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Soweit die Kurzintervention und die Antwort darauf. Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion erhält jetzt Herr Kollege Wedel das Wort.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Nachtragshaushalt ist durch die Ereignisse der Silvesternacht veranlasst und holt Maßnahmen nach, die die Versäumnisse von Rot-Grün im Bereich der inneren Sicherheit vergessen machen sollen.

Dabei gibt es jedoch mehrere wesentliche Kritikpunkte. Erstens ist der Nachtragshaushalt unsolid finanziert, zweitens greift er deutlich zu kurz und drittens geht er zulasten des ländlichen Raums.

(Beifall von der FDP)

Zum Ersten: Die in Höhe von knapp 50 Millionen € zusätzlichen Ausgaben sind nicht durch strukturelle Einsparungen gegenfinanziert, sondern werden durch die Erhöhung der globalen Minderausgabe erbracht. Hauptsächlich strukturellen Mehrausgaben stehen einmalige Minderausgaben gegenüber. Hier hätten wir uns im Sinne des Steuerzahlers eine nachhaltigere Lösung gewünscht.

(Beifall von der FDP)

Eine globale Minderausgabe bedeutet nichts anderes, als dass der Haushalt weiterhin auf Material gefahren wird. Zudem schränkt sie auch die Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit ein, wie folgendes Beispiel aus der Haushaltsrechnung zeigt:

52 Millionen € waren im Jahr 2014 für Mittel vorgesehen, die in den Vertretungsunterricht fließen sollten. Über 13 % dieser Mittel sind aber nicht etwa für Vertretungslehrer ausgegeben worden, sondern in die globale Minderausgabe geflossen – trotz Unterrichtsausfalls. 7 Millionen € wurden in der Schule eingespart, ohne dass es das Parlament beschlossen hat.

Um nicht missverstanden zu werden: Eine globale Minderausgabe ist durchaus ein probates Mittel, um Haushaltsreste abzuschöpfen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie haben doch eine Erhöhung vorgeschlagen! Meine Güte!)

Es drängt sich aber mittlerweile die Vermutung auf, dass sich Rot-Grün hinter globalen Minderausgaben versteckt, um titelscharfe Kürzungen zu vermeiden und politisch niemandem auf die Füße zu treten. Die Haushaltsrechnung genießt halt weniger öffentliche Aufmerksamkeit als die Haushaltseinbringung und -beratung.

Zweitens. An der personellen Aufstockung wird deutlich, warum der Nachtragshaushalt zu kurz greift. Wenn wir die Kriminalität in unserem Land durch eine zügigere Reaktion der Justiz effektiv bekämpfen wollen, geht das nur mit mehr Personal. Dies hat mittlerweile auch Rot-Grün eingesehen und schafft unter anderem 200 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte, die auch dringend gebraucht werden.

Frau Gebhard, zum Thema „verpasste Chancen“ kann ich nur auf die Haushaltsanträge verweisen, die wir als FDP-Fraktion – 157 Stellen für die Justiz – für das Haushaltsjahr 2016 gefordert haben und die von Rot-Grün abgelehnt worden sind.

(Beifall von der FDP)

Allein dort hört die Kriminalitätsbekämpfung doch nicht auf. Mehr als die Hälfte der Gesamteingänge bei den Staatsanwaltschaften – landesweit 51 % – fallen im Ergebnis in die Zuständigkeit der Amtsanwälte. Die Amtsanwälte müssen das Ermittlungsverfahren führen, die Anklageschrift verfassen und die Sache vor Gericht vertreten und das bei einer verwendungsbasierten Belastungsquote von über 160 %. Der Personalbedarf übersteigt die vorhandenen Planstellen um knapp 30 %.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Wedel, entschuldigen Sie bitte. Herr Hübner möchte gern eine Frage stellen.

Dirk Wedel (FDP): Bitte schön.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Die lassen Sie bestimmt gern zu. Bitte.

Michael Hübner (SPD): Herr Kollege Wedel, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. Ihr Wortbeitrag verleitet mich zur gleichen Frage, die ich gerade dem Kollegen Kruse gestellt habe.

Ich höre bei Ihnen deutlich heraus, dass Sie sich mehr Engagement der Landesregierung im Sinne von mehr Ausweitung von Stellen gewünscht hätten. Gleichzeitig vermissem ich einen ganz wesentlichen Fakt, nämlich wo Sie Minderausgaben für richtig halten und wo Sie Einsparungen vorschlagen würden, die der gleichen Größenordnung entsprechen, die Sie jetzt für Mehraufwendungen fordern.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das interpretieren wir einmal als Frage. Herr Kollege Wedel nickt. Dann bitte.

Dirk Wedel (FDP): Herr Kollege Hübner, vielen herzlichen Dank für die Frage. Sie zeigt nämlich, dass Sie schlicht und ergreifend die Beschlussempfehlung aus dem Haushalts- und Finanzausschuss nicht gelesen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Unser Antrag, den wir im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt haben, ist eins zu eins gegenfinanziert, auch mit einem entsprechenden Haushaltsantrag im Haushalts- und Finanzausschuss aus dem Titel „Sonstige Auslagen in Rechtssachen“.

Dieser Titel, lieber Herr Hübner, ist schon seit vier Jahren um mindestens 20 Millionen € überzeichnet. Da wurde zu viel veranschlagt. Insofern kann er natürlich auch herangezogen werden, um an der Stelle einer haushaltsneutralen Gegenfinanzierung für die 100 Einstellungsermächtigungen in Bezug auf Rechtspfleger und dann auch Amtsanwälte zu dienen.

Sie sollten sich, bevor Sie hier solch eine Frage stellen, eigentlich erst einmal bewusst machen, dass von uns an der Stelle eins zu eins ein Gegenfinanzierungsvorschlag eingebracht worden ist.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie also auch die kleine und mittlere Kriminalität effektiver bekämpfen wollen, dann braucht es auch mehr Amtsanwälte. Die Landesregierung weigert sich aber mit der Begründung, dass diese ja nicht sofort zur Verfügung stünden, auch neue Stellen für Amtsanwälte zu schaffen. Das, meine Damen und Herren, ist ein geradezu aberwitziges Argument. Besser die erforderlichen Amtsanwälte stehen in zwei oder drei Jahren zur Verfügung als in vier Jahren, später oder gar nicht.

Einen besseren Beleg für die kurzfristige und kurz-sichtige Denkweise dieser Regierung kann es gar nicht geben. Auf auftauchende Probleme wird stets im Ad-hoc-Verfahren reagiert. Und wenn es keine scheinbare Sofortlösung gibt, dann tut man lieber nichts.

Deshalb hat meine Fraktion Änderungsanträge eingebracht, mit denen die dringend notwendige Neueinstellung von Amtsanwälten vorbereitet werden kann. Wir haben ja schon die Gelegenheit gegeben, dazu näher Stellung zu nehmen, Herr Hübner.

Drittens. Woher soll das Personal für die drei neuen Bereitschaftspolizeihundertschaftszüge und die zwei neuen mobilen Einsatzkommandos kommen? Zusätzliche Sockelstellen für Brennpunktbehörden dürfen nicht zulasten der Kreispolizeibehörden des ländlichen Raumes gehen. Das aber ist die Konsequenz

des Konzeptes der Landesregierung. Denn zum Aufbau von Bereitschaftspolizei und mobilen Einsatzkommandos sowie zur Verstärkung der Brennpunktbehörden werden alle anderen Kreispolizeibehörden – insbesondere die ländlichen – Personal abgeben müssen. Die Erlassvorgabe für die Verlängerung der Lebensarbeitszeiten erscheint jedenfalls nicht geeignet, die Manpower zu generieren, die wir jetzt ad hoc brauchen.

Unterm Strich gibt es also eine interne Umverteilung, statt mehr Personal für die Polizeibehörden.

Herr Kollege Abel, da Sie ja wieder einmal den Hinweis auf die Einstellungszahlen bei den Polizeianwärtinnen aus dem Jahr 2006 gebracht haben: Ich finde, ganz ehrlich gesagt, langsam müsste man doch denken, dass dieser Drops, sagen wir mal, mittlerweile gelutscht ist.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist doch Ihre Ministerpräsidentin gewesen, die 2003 für diese Maßnahme der Absenkung der Zahl der Polizeianwärtinnen auf 500 die Hand gehoben hat. Es sind Ihre jetzigen Minister Remmel und Löhrmann gewesen, die das an der Stelle mitgetragen haben. Also lenken Sie doch nicht davon ab, dass das unter Rot-Grün initiiert worden ist und unter Schwarz-Gelb erst einmal wieder berichtigt werden musste. Deswegen sollten wir an der Stelle, meine ich, doch mal darauf zurückkommen, diese Tatsache einfach einmal zu akzeptieren.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Wedel, Herr Kollege Abel möchte Ihnen gerne noch eine weitere Frage stellen.

Dirk Wedel (FDP): Bitte schön.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Abel!

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie das zulassen. – Nachdem Sie mich angesprochen haben, möchte ich Ihnen die Frage stellen, ob Sie mit mir einer Meinung sind, dass man nicht ausblenden kann, dass wir im Vergleich zu 2010, als Sie abgewählt wurden, eine um 80 % niedrigere Neuverschuldung im Haushalt haben, aber 300 % mehr Polizeianwärtinnen und -anwärtner.

Dirk Wedel (FDP): Also Herr Kollege Abel, Sie können jetzt hier mit irgendwelchen Zahlen um sich werfen, wie Sie wollen. Fakt ist doch, dass Sie mit diesem Beispiel jetzt wieder ablenken wollen. Damit ha-

ben Sie nämlich versucht, die Kausalität zu vertuschen, dass es eben Rot-Grün war, das die Absenkung der Zahl der Polizeianwärterstellen – jedenfalls in der Legislaturperiode von 2000 bis 2005 – herbeigeführt hat. Das ist doch aus den Haushalten ersichtlich. Sie haben die Stellen damals ja sogar noch mit kw-Vermerken belegt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Auch das alles kann man aus den Haushalten entsprechend herauslesen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Papke: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme jetzt zum Schluss. Deswegen möchte ich an der Stelle auch sagen, dass allein aufgrund der Beispiele, die ich hier heute angeführt habe, dieser Nachtragshaushalt nur abgelehnt werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Wedel. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Schulz das Wort.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und daheim! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben jetzt eine Menge dazu gesagt, was in diesem Nachtragshaushalt steht. Es wurde aber eben auch vieles nicht gesagt, was darin steht.

Die Landesregierung hat den Nachtragshaushalt unter das Motto „Innere Sicherheit“ gestellt. Dies ist eine Folge der Ereignisse in der Silvesternacht in Köln. Mit diesem Nachtragshaushalt soll gleichzeitig die Integration sowie die Justiz bzw. der Rechtsstaat gestärkt werden. Nun gut.

Inzwischen gab es seit Silvester Hackerangriffe auf Krankenhäuser, die Aufdeckung der weltweiten Machenschaften einer dubiosen Firma namens Mossack Fonseca. Und, liebe Kolleginnen und Kollege, die Schranke an der Einfahrt zur Landtagsgarage schließt jetzt nach jedem Auto.

Was dieser Nachtragshaushalt hier vorspiegelt, soll auch ruhig so genannt werden: Die Landesregierung will die Videoüberwachung in diesem Land weiter vorantreiben, auch wenn Hunderte von Stunden an Filmmaterial von bestehenden Videokameras am Kölner Hauptbahnhof die Taten nicht verhindert haben. Also sinnlos!

Im Landtag wird der Eingangsbereich für fast dreieinhalb Millionen Euro mit einer Sicherheitsschleuse aufgerüstet. Auch das ist ein Teil dieses Nachtragshaushalts.

Während alle Abgeordneten, Ministerinnen und Minister sowie geschätzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl der Verwaltung als auch der Fraktionen völlig ungeschützt ihre Mahlzeiten im Sommer auf der Terrasse an der Rheinpromenade einnehmen, wird auf der anderen Seite mal die Sicherheit hochgeschraubt. Es bedarf da nur des behändigen Sprunges eines Täters, um auf diese Terrasse zu gelangen. Oder er schießt einfach drauf los. Wozu also die Sicherheitsschleuse? – Sinnlos!

Vor Kurzem zelebrierten wir in Nordrhein-Westfalen noch die große Willkommenskultur. Wir erinnern uns an die Menschen am Bahnhof in Dortmund, Düsseldorf, Köln und anderswo in Nordrhein-Westfalen. Heute soll hier ein Nachtragshaushalt zur Finanzierung der „Beseitigung von Abschiebungshindernissen“ besiegelt werden. Wohlgemerkt: Dies alles mit einer soliden Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen. Unfassbar!

Aber ich will auch an dieser Stelle Kollegen Abel erneut lobend erwähnen;

(Beifall von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

denn nach der Diskussion heute Morgen sollte, denke ich, auch dem Letzten klargeworden sein, dass es diesem Land einfach besser zu Gesicht stünde, mehr Betriebsprüfer zu haben. Ich sage Ihnen auch gleich, was das mit dem Nachtragshaushalt zu tun hat.

Die Zeit des Kampfes um den Standortfaktor, welches Land die wenigsten Betriebsprüfer hat, muss ein Ende haben. Vor einiger Zeit durften wir erleben, dass der Kollege Abel, wie in der „Rheinischen Post“ zu lesen war, die gleiche Forderung nach mehr Betriebsprüfern erhoben hat, wie wir sie bereits in der Anhörung zum originären Haushalt 2016 vorgetragen haben.

Davon steht aber natürlich nichts in diesem Nachtragshaushalt, obwohl man ja sagen könnte: Betriebsprüfer bringen ein Vielfaches dessen ein, was sie kosten, um nämlich all das, was an Sicherheit im Lande Nordrhein-Westfalen sicherlich notwendig ist, auch zu finanzieren. – Die Finanzierungsfrage spielt bei Haushalten doch immer eine große Rolle. Dann sorgen Sie einmal dafür, dass Geld reinkommt! Dazu wird im Nachtragshaushalt aber nichts gesagt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wer auf die Silvesternacht reagiert und mehr Personal bei der Polizei fordert, der muss auch auf die Panama Papers reagieren und sich direkt für mehr Stellen im Bereich Betriebsprüfung starkmachen. Alles andere ist nicht sinnvoll.

Noch dringender wäre es allerdings notwendig gewesen, zu handeln, als besorgniserregende Nachrichten über Erpressungen nordrhein-westfälischer Krankenhäuser aufgetaucht sind. Auch davon findet sich im Nachtragshaushalt nichts.

Nun kommen wir noch einmal zum Teil „Integration“ im Nachtragshaushalt zurück. Hier rühmt sich die Landesregierung, als erstes Bundesland 3.600 Plätze in Basissprachkursen zusätzlich zu denen des Bundes einzurichten. Wir behalten kurz im Hinterkopf: Letztes Jahr sind ca. 200.000 Menschen nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Damit reden wir über insgesamt 1,8 % der Menschen, denen damit geholfen werden soll. Diese 3.600 Plätze sind also ein Tropfen auf den heißen Stein, aber zumindest nicht sinnlos.

Völlig außen vor gelassen wird allerdings das Modell der Volkshochschulen,

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Stimmt überhaupt nicht!)

die ein ganzes Konzept vorgelegt haben, wie man sich genau diesem Thema nähern kann – Kosten: ca. 20 Millionen €.

Und erst am Dienstag nächster Woche findet die Anhörung zum Integrationsplan statt. Erst dann werden sich 50 Experten mit dem Plan, den finanziellen Folgen und den Voraussetzungen befassen. Entweder dürfen die Experten einer großen Show beiwohnen, oder es folgt schon im Sommer der nächste Nachtragshaushalt.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Meine Damen und Herren, wir vonseiten der Piratenfraktion werden diesen Nachtragshaushalt – das kann niemanden überraschen; es wurde schon mehrfach gesagt, auch im HFA – ablehnen.

Dasselbe Schicksal teilt auch der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der erst heute vorgelegt worden ist. Wir haben ihn überflogen, aber noch nicht abschließend geprüft. – Ich komme zum Ende, Herr Präsident. – Im Prinzip wird darin aber auch nichts weiter gefordert als Ausweitung der Videoüberwachung. Das lehnen wir ab. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Walter-Borjans das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den außergewöhnlich erfrischenden Debattenbeiträgen der Opposition war zu entnehmen, dass hier eigentlich nicht die Phase ist, in der die Landesregierung noch viel

dazu sagen kann. Das ist ganz offenbar auch ein Scharmützel untereinander. Ich kann nur noch einmal festhalten: Ich werde es immer wieder so machen, dass ich gemeinsam mit dieser Landesregierung dann, wenn Handlungsbedarf besteht, einen Nachtrag vorlege, und zwar dann, wenn es darum geht, keine Zeit zu verlieren.

Diejenigen, die an diesem Punkt wirklich meinen, die Auseinandersetzung müsse darüber laufen, ob es im vergangenen Jahr eine Rekordzahl von Nachträgen gab, sollten sich einmal an die eigene Nase fassen und fragen, ob sie denn die Schritte, die wir damals – im Übrigen gemeinsam – schnell vollziehen wollten, von Charlie Hebdo bis zu den Flüchtlingszahlen, lieber auf die lange Bank geschoben hätten, damit man hinterher sagen kann: Wir haben nicht vier, sondern nur zwei Nachträge gehabt.

Das gleiche Motiv hat Anfang dieses Jahres vorgelegen, als diese Landesregierung schnell gehandelt hat, weil sie die besagten 15 Punkte umsetzen wollte. Ich habe Wert darauf gelegt, dass diese 15 Punkte auch – mit zwei kleinen Ausnahmen – der einzige Anlass für diesen Haushalt sind und er nicht dazu dient, jetzt darüber hinaus den großen Wurf zu machen. Die zwei Ausnahmen waren erstens die Sicherheitsvorkehrungen hier im Landtag und zweitens, dass wir für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eine Ausstattung zur Verfügung gestellt haben.

Ich werde in allen Debatten damit konfrontiert – Sie sind in diesem Punkt allerdings etwas leiser geworden –, dass Sie im vergangenen Jahr immer großspurig 15.000 oder 12.000 Stellenstreichungen vorgeschlagen haben und man jetzt in jedem Beitrag vorgerechnet bekommt, wo Stellen fehlen, wo mehr Personal eingesetzt werden muss und wo das, was die Landesregierung im Rahmen des Möglichen macht, nicht ausreicht.

Sie haben noch nie einen Vorschlag unterbreitet, wie man da, wo Sie meinen, den großen Brocken herbeikommen kann. Sie haben nur irgendwelche kleinen Punkte genannt, von denen Sie wissen, dass sie nie als Gegenfinanzierung ausreichen würden.

Jetzt muss man wieder diesen Versuch starten. Das war heute Morgen genauso. Man weiß, dass man sich dem Geplanten eigentlich nicht verweigern kann, fügt allerdings „Ja, aber“ an, denn man muss wieder zeigen, dass man das eigentlich so nicht richtig findet.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Dann tragen Sie hier Punkte vor, die ich nicht weiter kommentieren will. Was mich betrifft, will ich nur auf zwei Punkte eingehen.

Erster Punkt: Sie haben gesagt, die Steuereinnahmen seien nicht richtig angesetzt. Letztes Jahr waren es 99,1 %. Da haben Sie mit Ihren Unkenrufen, dass

wir seit Jahren immer zu viel Steuern ansetzen, ein Mal recht gehabt, weil es eine Abweichung von 0,9 % gab. Wir haben allerdings mehr eingespart, als es an Mindereinnahmen gab. In Ihrer Vorabmeldung war aber schon von einem Loch von 500 Millionen € die Rede. Alles widerlegt!

Jetzt fangen Sie dasselbe Spiel wieder an. Ich kann Ihnen sagen: Sie nehmen dazu Steuerzahlen für das erste Vierteljahr, die nicht berücksichtigen, dass einer hohen Überweisung im Rahmen der Umsatzsteuer eine gleichhohe Rücküberweisung im nächsten Vierteljahr entgegenstehen wird. Dann werden wir weitersehen.

Zweiter Punkt: Sie reden von nicht aktuellen Flüchtlingszahlen, verlieren aber kein Wort darüber, wie sich denn die Zuweisungen des Bundes für die Gemeinden, die Sie ja immer für so wegweisend halten, die viel kleiner sind, entwickeln und auf welchen Zahlen sie basieren. Da wird es eine Spitzabrechnung geben. Ich bin einmal gespannt, mit welchen Ideen Herr Schäuble dann kommen wird, die er bei der Spitzabrechnung im Einzelnen vornimmt.

Wir haben mit den Kommunen die klare Verabredung, dass sie 10.000 € pro Flüchtling bekommen – für zwölf Monate und nicht wie bei Herrn Schäuble für fünf Monate; 833 € im Monat und nicht 670 € im Monat; für die Geduldeten noch zusätzlich.

Diese Zahlen werden aktualisiert. Es wird genauso, wie das vom Bund erwartet wird, aktualisiert und nachberechnet. Dann werden wir weitersehen. Dann haben wir auf beiden Seiten zusätzliche Einnahmen, zusätzliche Ausgaben oder veränderte Einnahmen, aktuelle Daten. Dann werden wir gegebenenfalls auch einen Nachtrag vorlegen. Ja, es wird ihn dann geben. Da habe ich nicht das geringste Problem, das den Menschen im Land zu erklären. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, vielen Dank. Würden Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Schulz zulassen?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Aber sicher doch, wenn die weniger als zehn Minuten dauert.

(Beifall und Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das kann ich Ihnen zusichern, Herr Minister.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Das wird natürlich keine zehn Minuten dauern, sie vorzutragen.

(Zuruf von den PIRATEN: Aber neuneinhalb!)

Da Sie das Thema „mehrere Nachtragshaushalte“ angesprochen und gesagt haben, dass möglicherweise im Laufe dieses Jahres ein weiterer kommen könnte: Würden Sie auch vor dem Hintergrund der heute geführten Debatte im Hinblick auf die Konsequenzen aus den Panama Papers und zur Herbeiführung von Steuergerechtigkeit einen solchen Nachtragshaushalt anregen, um beispielsweise 2.000 Betriebsprüfer neu einzustellen, damit die finanzielle Grundlage NRWs gesichert wird und bleibt?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Obwohl sich das ja sehr gut anhören würde, wenn ich jetzt einfach Ja sagen würde, sage ich mal: Das sind für mich Überlegungen und Anmeldungen, die im Rahmen einer ganz normalen Haushaltsplanung zugrunde zu legen sind. Wir können also gerne mal darüber reden, ob man für den Haushalt 2017 in diesem Bereich eine Verstärkung anmeldet.

Wie Sie wissen, bin ich in diesem Punkt immer zweigeteilt. Als Ressortminister hätte ich eindeutig nichts dagegen, meine Verwaltung an solchen wichtigen Punkten zu stärken. – Als Haushalts- und Finanzminister muss ich es aber auf der anderen Seite – anders als meine Kolleginnen und Kollegen – auch in den Gesamtrahmen bringen.

Ich glaube nicht, dass das ein Punkt ist, den wir jetzt mit einem Nachtrag klären müssen. Ein Nachtrag ist dazu da, das, was sich im Laufe des Jahres anders darstellen wird, in seinen Auswirkungen abzubilden. Darüber, dass sich in diesem Jahr genauso wie im vergangenen Jahr eine Menge von unkalkulierbaren Dingen vollziehen wird, müssen wir uns alle, glaube ich, nichts vormachen. Das sieht kein Kollege in den anderen 15 Ländern oder im Bund anders als ich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu den verschiedenen Abstimmungen, erstens über den Gesetzentwurf Drucksache 16/11250 in der zweiten von drei Lesungen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/11712, den Gesetzentwurf Drucksache 16/11250 in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 16/11712 und nicht über den Gesetzentwurf selbst.

Wer möchte dieser Beschlussempfehlung des HFA zustimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die CDU, die FDP und die Piratenfraktion. Gibt

es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/11712 angenommen** worden ist und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/11250 in der Fassung der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung ebenfalls angenommen** worden ist.

Wir kommen nun – wie zwischen den Fraktionen im Ältestenrat vereinbart – zur dritten Lesung. Dies ist nach § 78 Abs. 2 der Geschäftsordnung zulässig, wenn niemand widerspricht. – Einen solchen Widerspruch sehe ich nicht.

Somit rufe ich die **dritte Lesung des Gesetzentwurfs** der Landesregierung **Drucksache 16/11250** auf. Es handelt sich immer noch um das Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016. In dem gerade abgeschlossenen Verfahren hat eine Rücküberweisung nicht stattgefunden. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat seine Beschlussempfehlung, meine Kolleginnen und Kollegen, ausdrücklich zur zweiten und dritten Lesung des Gesetzentwurfs abgegeben. **Grundlage** für unsere dritte Lesung ist also der **Gesetzentwurf Drucksache 16/11250 in der geänderten Fassung nach der zweiten Lesung**.

Eine Aussprache zur dritten Lesung ist nicht vorgesehen. Wir können also direkt zur Abstimmung kommen, und zwar über den Gesetzentwurf Drucksache 16/11250, über den wir in der dritten Lesung abstimmen in der geänderten Fassung nach der zweiten Lesung. Da das Beratungsverfahren hiermit abgeschlossen wird, handelt es sich um eine Schlussabstimmung nach § 76 Abs. 3 der Geschäftsordnung.

Wer also für die Annahme des Gesetzentwurfes in der geänderten Fassung nach der zweiten Lesung ist, den bitte ich noch einmal um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piratenfraktion. Gibt es Enthaltungen? – Wiederum nicht. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/11250 in der Fassung nach der zweiten Lesung in dritter Lesung angenommen** und **verabschiedet**.

Ich lasse weiterhin abstimmen über den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/11770. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? – Das ist die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piratenfraktion. Wer enthält sich? – Die FDP-Fraktion. Dann stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag Drucksache 16/11770 abgelehnt** ist.

Wir stimmen nunmehr ab über das Gemeindefinanzierungsgesetz. Eine Aussprache in der zweiten Lesung zum Gemeindefinanzierungsgesetz ist nicht vorgesehen. Wir kommen also direkt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/11309 in der zweiten von drei Lesungen. Der Haushalts-

und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/11713, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung nicht über die Beschlussempfehlung, sondern über den Gesetzentwurf Drucksache 16/11309 selbst. Wer ist für diesen Gesetzentwurf? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Fraktionen von FDP und Piraten. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/11309** mit der festgestellten Mehrheit **angenommen**.

Auch hierzu ist zwischen den Fraktionen im Ältestenrat verabredet worden, meine Damen und Herren, die dritte Lesung direkt im Anschluss zu vollziehen. Das ist – auch an dieser Stelle noch einmal der Hinweis – zulässig nach § 78 Abs. 2 der Geschäftsordnung, wenn niemand widerspricht. – Auch hier gibt es – das stelle ich ausdrücklich fest – keinen solchen Widerspruch.

Deshalb rufe ich die **dritte Lesung des Gesetzentwurfs** der Landesregierung **Drucksache 16/11309**, Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016, auf. Auch hier hat eine Rücküberweisung logischerweise nicht stattgefunden. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat seine Beschlussempfehlung auch zu diesem Gesetz ausdrücklich zur zweiten und dritten Lesung des Gesetzentwurfs abgegeben. **Grundlage** für unsere dritte Lesung ist weiterhin der **Gesetzentwurf Drucksache 16/11309**.

Eine Aussprache ist auch zur dritten Lesung nicht vorgesehen. Somit können wir direkt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf kommen. Wir stimmen somit über den Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung ab. Auch hier möchte ich folgenden Hinweis geben: Da das Beratungsverfahren abgeschlossen wird, handelt es sich um eine Schlussabstimmung nach § 76 Abs. 3 der Geschäftsordnung.

Wer in dritter Lesung für diesen Gesetzentwurf ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die CDU-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Wiederum FDP und Piratenfraktion. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/11309 in dritter Lesung angenommen** und **verabschiedet**.

Ich schließe Beratung und Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 3 und rufe auf:

4 Zukunft für und mit Kindern und Jugendlichen gestalten: Planungssicherheit für die Träger der Kinder- und Jugendarbeit erhöhen!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11696